

**16. Landtag von Baden-Württemberg, 98. Sitzung**

**Donnerstag, 18. Juli 2019, 09:30 Uhr**

## **Rede**

Rechtspolitischer Sprecher,

Arnulf von Eyb MdL

**zur Aktuellen Debatte:**

### **Paralleljustiz – eine Herausforderung für den Rechtsstaat in Baden-Württemberg?**

Es gilt das gesprochene Wort.

Arnulf von Eyb MdL:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen, geehrte Kollegen!

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, die heutige Aktuelle Debatte „Paralleljustiz – eine Herausforderung für den Rechtsstaat in Baden-Württemberg?“ hat keinen aktuellen strafrechtlichen Anlass. Daran ändert auch eine Überschrift in der „Bild“-Zeitung von gestern nichts, die lautet „Scharia-Schande in unserem Land!“, wobei der Ausgangspunkt gewesen sein soll, dass ein 18-jähriger Afghane seine Schwester an einer S-Bahn-Station in Stuttgart mit einem Baseballschläger attackierte, weil die Familie mit deren Partnerwahl nicht einverstanden sein soll.

Aktuell ist die Veröffentlichung der Studie von Professor Dr. Rohe, Universität Erlangen-Nürnberg, die sich mit dem strafrechtlichen Komplex einer Paralleljustiz in Baden-Württemberg beschäftigt. So sieht kluges Vorbauen aus. Justizminister Wolf hat diese Studie aktuell vorgestellt.

Was versteht man unter Paralleljustiz? Paralleljustiz ist eine Form der Konfliktlösung und der Beilegung von Streitigkeiten oder Straftaten, die nach deutschem Recht rechtlich relevante Tatbestände darstellen. Die Schlichtung jedoch bewegt sich außerhalb der deutschen Rechtsordnung und außerhalb von demokratischen Statuten.

Lassen Sie mich einige Beispiele nennen: die organisierte Kriminalität, Rockerbanden, Menschen, die sich aggressiv des öffentlichen Raumes bemächtigen, Hooligans, Ultras, aber gegebenenfalls auch türkische Hochzeitsgesellschaften oder andere Gruppen, die ganze Innenstädte mit ihren Fahrzeugen lahmlegen, oder möglicherweise Hochzeitsgesellschaften, die sich auf der Autobahn danebenbenehmen.

Dies ist eher ein Problem von Großstädten, jedoch nicht ausschließlich. Auffällig sei, so die Studie, dass nicht nur das einzelne Opfer unter Druck geraten kann, sondern auch die Familien der Opfer, etwa aufgrund der Forderung, nicht bei der Polizei auszusagen.

Die Studie hat festgestellt, dass das Phänomen Paralleljustiz nicht im Zusammenhang mit Religion oder Ethnie steht, sondern milieuspezifisch ist. Solche Milieus entstehen oft in Großfamilien, die isoliert leben, selbst unter einem enormen sozialen Druck stehen, einen starren Wertekomplex haben und sich einem alternativen Normengeflecht verpflichtet fühlen. Es gibt wohl auch einen Zusammenhang zwischen Paralleljustiz und Gewalt gegen Mädchen und Frauen. Wer sich dem zu entziehen versucht, läuft Gefahr, im Internet regelrecht verfolgt zu werden.

Was kann man dagegen tun? Hilfreich wäre eine schnelle und effiziente Repression, also der unmittelbare Hinweis vonseiten der liberalen, offenen Gesellschaft: Wir reagieren darauf; wir sind möglicherweise auch niederschwellig bereit, sofort zu reagieren; wir haben zwar ein freundliches Gesicht, aber auf der Nase lassen wir uns nicht herumtanzen.

Als hilfreich könnte sich auch eine entsprechende Vermögensabschöpfung darstellen. Seit wenigen Wochen gibt es eine Zentralstelle für Vermögensabschöpfung in Karlsruhe; ich nehme an, dass der Justizminister nachher dazu sprechen wird.

Aber es geht auch darum, den Opfern bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche zu helfen. Mit Repression allein kommen wir aber nicht weiter. Prävention ist notwendig. In welche Richtung müssen wir denken? Wir müssen Familienarbeit leisten, Schutzräume schaffen – auch für Männer –; wir müssen den Rechtsstaat erklären und transparent machen. Denn durch vermehrte Migration entstehen, so die Studie, neue Normenkonflikte. Die Botschaft muss lauten: Empathie ja, Klarheit ebenso; hier gilt unsere Wertordnung und keine andere.

Paralleljustiz gibt es ansatzweise auch bei uns in Baden-Württemberg – allerdings nicht in einem beunruhigenden Maß, das möchte ich ganz ausdrücklich feststellen. Ich selbst bin überzeugt, dass nicht nur die gute wirtschaftliche Situation dafür verantwortlich ist, dass hier eine Paralleljustiz nicht in dem Maß gedeihen kann wie möglicherweise anderswo, sondern dass auch das konsequente Eintreten der CDU in Fragen der Sicherheitsstruktur in den letzten Jahrzehnten hierfür mitverantwortlich ist.

Für Alarmismus besteht kein Anlass, für Wegschauen jedoch ebenfalls nicht. Deshalb an dieser Stelle ein Dank an alle, die sich hier in besonderem Maße engagieren. Wir wollen eine offene und liberale Gesellschaft. Schon deshalb müssen wir jene, die damit nichts anfangen können, unmissverständlich darauf hinweisen: Mit uns geht das nicht!  
Ich danke Ihnen.